

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Lintner, Böhm (Melsungen), Dr. Kunz (Weiden), Reddemann, Sauer (Salzgitter), Schulze (Berlin), Dr. Voigt (Northeim), Werner (Ulm), Wilz, Regenspurger, Berger, von Schmude, Graf Huyn, Dolata, Weiß, Jung (Lörrach), Dr. Schroeder (Freiburg), Magin, Kittelmann, Schneider (Idar-Oberstein), Kalisch, Günther, Hinsken, Hinrichs, Linsmeier, Jagoda, Frau Rönsch, Gerstein, Dr. Göhner, Boroffka, Ruf, Schemken, Hornung, Krey, Frau Männle, Borchert und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ronneburger, Hoppe, Schäfer (Mainz) und der Fraktion der FDP

Kontaktverbote in der DDR

Nach hier vorliegenden Informationen wird von den DDR-Behörden der Personenkreis ausgedehnt, denen der Kontakt zu Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland verboten ist. Damit sind für einen großen Personenkreis schwerwiegende persönliche und familiäre Einschränkungen verbunden, die selbst engste Verwandte betreffen.

Nach unserer Kenntnis haben die Kontaktverbote im wesentlichen folgende Verpflichtungen zum Inhalt:

- keine Besuchsreise- und Ausreiseanträge zu stellen,
- keine Besuche aus der Bundesrepublik Deutschland zu empfangen,
- jeden Post- und Telefonverkehr mit Verwandten und Bekannten in der Bundesrepublik Deutschland einzustellen,
- den Empfang von Geschenksendungen, Briefen und Telefonaten abzulehnen.

Die Kontaktverbote stehen im eindeutigen Widerspruch zu auch von der DDR unterschriebenen internationalen Vereinbarungen, wie z. B. den Menschenrechtspakten und der KSZE-Schlußakte.

Daher fragen wir die Bundesregierung:

1. Welche Vorschriften, Verpflichtungen, Auflagen und sonstige Bestimmungen über Kontaktverbote in der DDR sind der Bundesregierung bekannt? Inwieweit verstößt die DDR damit gegen internationales Recht?
2. Wie groß schätzt die Bundesregierung die Zahl der Deutschen in der DDR, die davon betroffen wird?

3. Welche Personenkreise unterliegen dem Verbot, Westkontakte aufzunehmen oder zu unterhalten? Welche Strukturen und Funktionen werden dabei von seiten der DDR als relevant angesehen?
4. Wie wird die Einhaltung von Kontaktverboten in der DDR überwacht?
5. Wie wird in der DDR das Verhalten von Personen geahndet, die sich weigern, eine Verpflichtung zum Kontaktabbruch zu unterschreiben oder sich über ein Kontaktverbot hinwegsetzen?
6. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen bei Nichteinhaltung des Kontaktverbots berufliche Sanktionen verhängt worden sind? Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen bei Nichteinhaltung Betroffene Kriminal- und andere Gefängnisstrafen erdulden mußten?
7. Beobachtet die Bundesregierung ein Anwachsen von Kontaktverboten, und hat sie dies gegenüber der Regierung der DDR zur Sprache gebracht?
8. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf eine Reduzierung der Kontaktverbote hinzuwirken, um damit zu einer Normalisierung der Beziehungen im Sinne des Grundlagenvertrags im Interesse der Menschen in beiden Staaten in Deutschland beizutragen?

Bonn, den 25. Juli 1985

Lintner
Böhm (Melsungen)
Dr. Kunz (Weiden)
Reddemann
Sauer (Salzgitter)
Schulze (Berlin)
Dr. Voigt (Northeim)
Werner (Ulm)
Wilz
Regenspurger
Berger
von Schmude
Graf Huyn
Dolata
Weiß
Jung (Lörrach)
Dr. Schroeder (Freiburg)
Magin
Kittelmann
Schneider (Idar-Oberstein)
Kalisch
Günther
Hinsken
Hinrichs

Linsmeier
Jagoda
Frau Rönsch
Gerstein
Dr. Göhner
Boroffka
Ruf
Schemken
Hornung
Krey
Frau Männle
Borchert
Bühler (Bruchsal)
Dr. Czaja
Glos
Hanz (Dahlen)
Haungs
Hauser (Krefeld)
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Hornhues
Löher
Dr. Miltner
Müller (Wadern)
Rossmannith

Schwarz
Dr. Stercken
Frau Dr. Wisniewsky
Wittmann (Tännesberg)
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Ronneburger
Hoppe
Schäfer (Mainz)
Mischnick und Fraktion